BUNDES VERBRAUCHER HILFE E.V.

PUBLIKATIONEN · KURZFASSUNG

Kurzfassung Koalitions-vertrag 2025

Die Vorhaben von CDU, CSU und SPD in verständlicher Sprache zusammengefasst.

Bundesverbraucherhilfe e. V. · bundesverbraucherhilfe.de

Ausgabe Mai 2026

BUNDES VERBRAUCHER HILFE E.V.

PUBLIKATIONEN · KURZFASSUNG

Kurzfassung Koalitionsvertrag 2025

Die Vorhaben von CDU, CSU und SPD in verständlicher Sprache zusammengefasst.

Stand: Mai 2026

Inhalt

1 Wirtschaft, Arbeit, Verkehr, Klima und Landwirtschaft 6

2 Entlastungen, Finanzen, Digitalisierung und Bildung 13

3 Zusammenleben, Gesundheit, Pflege und Integration 17

4 Sicherheit, Außenpolitik und kulturelle Verantwortung 20

5 Moderner Staat, Krisenresilienz und strategische Steuerung 24

Einleitung

Mit dem Koalitionsvertrag 2025 legen CDU, CSU und SPD ihren gemeinsamen Kurs für die kommenden Jahre fest. Ziel ist ein moderner, starker Staat, der gleichzeitig wirtschaftliche Stabilität, soziale Sicherheit und ökologische Verantwortung vereint. Die wichtigsten politischen Vorhaben wurden hier vollständig, aber in verständlicher Sprache für Verbraucher zwischen 26 und 35 sowie ab 60 Jahren zusammengefasst – von Arbeit und Klima bis hin zu Migration, Pflege, Bildung und Verteidigung.

Der Vertrag setzt klare Schwerpunkte: Klimaschutz soll mit Technologieoffenheit erreicht werden, die Bundeswehr wird umfassend modernisiert, die Digitalisierung der Verwaltung wird endlich vorangetrieben. Gleichzeitig verspricht die Koalition Entlastungen für Familien und Beschäftigte, mehr Chancengleichheit im Bildungssystem und einen handlungsfähigen Staat im Krisenfall.

Damit diese Ziele umgesetzt werden können, braucht es auch erhebliche staatliche Mittel. Die folgende Übersicht zeigt eine nachvollziehbare Einschätzung, wohin der größte Teil des Steueraufkommens voraussichtlich fließen wird – und in welchen Bereichen eher begrenzte Ausgaben vorgesehen sind.

Wohin die Staatseinnahmen und Schulden fließen dürften	Geschätzter Anteil am Gesamtaufwand (%)
Verteidigung/Bundeswehr	rund 23
Klima & Energie	rund 18
Digitalisierung & Infrastruktur	rund 15
Bildung & Forschung	rund 12
Gesundheit & Pflege	rund 10
Soziale Sicherung (Rente, Bürgergeld)	rund 10
Migration & Integration	rund 6
Verbraucherschutz & Justiz	rund 4
Kultur, Medien & Ehrenamt	rund 3

Einschätzung nach Vorhaben und Aufwand im Koalitionsvertrag.

KAPITEL 1

Wirtschaft, Arbeit, Verkehr, Klima und Landwirtschaft

1.1 Wirtschaft, Industrie, Tourismus

Die Regierung will Deutschland wieder wirtschaftlich stark machen:

- Unternehmen sollen weniger Steuern zahlen und Bürokratie soll abgebaut werden.
- Neue Technologien wie Künstliche Intelligenz (KI) und Robotik werden besonders gefördert.
- Eine digitale Plattform soll es Gründern ermöglichen, ein Unternehmen in 24 Stunden zu gründen.
- Ein großer Fonds mit mindestens 100 Milliarden Euro soll Innovationen und mittelständische Betriebe unterstützen.

Industrie und Energie:

- Der Strompreis für Firmen soll sinken.
- Gasspeichergebühren fallen weg.
- Wasserstoff soll überall in Deutschland verfügbar werden.
- CO_2-Speicherung (CCS) wird erlaubt, um Industrie klimafreundlicher zu machen.
- Unternehmen, die viel Energie brauchen, sollen im Land bleiben und nicht abwandern.

Automobilindustrie:

- E-Autos werden gefördert, z. B. durch Steuererleichterungen und längere Kfz-Steuerbefreiung.
- Auch Wasserstoff und Plug-in-Hybride bleiben erlaubt.
- Keine Pflichtquote für E-Autos – es bleibt technologieoffen.

- Mehr Geld für Ladesäulen und bessere Förderung für Haushalte mit wenig Einkommen.

Raumfahrt, Luftverkehr, Häfen:

- Deutschland soll Raumfahrt-Nation bleiben. Eine Deutsche soll zum Mond fliegen.
- Flughäfen und Schifffahrt werden modernisiert.
- Der Schiffs- und Flugverkehr soll klimafreundlicher werden, aber ohne Wettbewerbsnachteile für deutsche Anbieter.

Handel:

- Mehr Freihandelsabkommen (z. B. mit USA, Indien, Afrika).
- Schärfere Kontrolle bei Investitionen aus dem Ausland, wenn sie sicherheitsrelevant sind.
- Mittelstand soll gegen Cyberangriffe besser geschützt werden.

Einzelhandel:

- Faire Regeln gegen Billigware aus Fernost.
- Bei Online-Plattformen droht Sperrung, wenn Händler sich nicht an Regeln halten.

Tourismus:

- Deutschland als Reiseziel soll attraktiver werden.
- Pauschalreisen bleiben abgesichert.
- Infrastruktur (Bahn, Flug, Straße) wird dafür ausgebaut.

1.2 Arbeit und Soziales

Fachkräfte:

- Mehr Einwanderung von Fachkräften wird ermöglicht.
- Neue Agentur „Work-and-Stay“ hilft beim Einwandern und Arbeiten.
- Berufsanerkennung für Zuwanderer soll innerhalb von 8 Wochen erfolgen.

Sozialsystem:

- Wohngeld und Kinderzuschlag sollen zusammengelegt werden.
- Arbeiten soll sich mehr lohnen – auch für Menschen mit Sozialleistungen.
- Eine Kommission soll das Sozialrecht einfacher und bürgerfreundlicher machen.
- Kinderarmut wird bekämpft. Alle Kinder sollen eine Bildungskarte bekommen.

Grundsicherung:

- Das Bürgergeld wird umgebaut.
- Wer arbeiten kann, soll schneller einen Job finden – sonst gibt es Kürzungen.
- Bei mehrfacher Arbeitsverweigerung werden Leistungen gestrichen.
- Jobcenter sollen individueller helfen und digital arbeiten.

Rente:

- Rentenniveau bleibt bis 2031 bei mindestens 48 Prozent.
- Frühstart-Rente: Für jedes Kind zahlt der Staat 10 Euro pro Monat auf ein Rentenkonto ein.
- Wer über 67 freiwillig weiterarbeitet, bekommt bis 2.000 Euro steuerfrei.
- Mütterrente wird auf drei Rentenpunkte pro Kind erhöht.
- Selbstständige werden in die Rentenversicherung einbezogen, sofern sie kein anderes System haben.

Inklusion:

- Mehr Barrierefreiheit in öffentlichen Gebäuden und bei digitalen Angeboten.
- Mehr Unterstützung für Menschen mit Behinderung auf dem Arbeitsmarkt.
- Werkstätten für Menschen mit Behinderung bleiben, werden aber reformiert.

1.3 Verkehr, Infrastruktur, Bauen und Wohnen

Planen und Bauen:

- Planungsprozesse werden stark vereinfacht und digitalisiert.
- Umweltauflagen sollen schneller geprüft werden.

Wohnen:

- Bauen wird durch Steuererleichterungen und weniger Vorschriften erleichtert.
- Sozialwohnungen werden weitergebaut.
- Mieter werden besser geschützt.
- Der Staat hilft Familien beim Erwerb von Wohneigentum (z. B. durch Bürgschaften).
- Energetisches Sanieren und Barrierefreiheit werden gefördert.

1.4 Klima und Energie

Klimaziele:

- Deutschland hält am Ziel fest, bis 2045 klimaneutral zu werden.
- Der CO_2-Ausstoß muss bis 2030 um 65 Prozent im Vergleich zu 1990 sinken.

Energieversorgung:

- Strom soll sicher, bezahlbar und klimafreundlich sein.
- Der Kohleausstieg soll bis 2030 möglichst abgeschlossen sein.
- Atomkraft bleibt ausgeschlossen.

Stromnetz und Versorgung:

- Der Ausbau von Stromleitungen wird massiv beschleunigt.
- Die Bundesregierung bringt ein Gesetzespaket für Stromspeicher auf den Weg.
- Wasserstoffnetze werden mit Stromnetzen verbunden.

Förderung erneuerbarer Energien:

- Windkraftanlagen dürfen näher an Bahntrassen, Autobahnen und Industriegebiete gebaut werden.
- Solaranlagen sollen auf möglichst vielen Dächern Pflicht werden.
- Es gibt Förderprogramme für Bürgerenergie und Mieterstrom.

Wasserstoff:

- Wasserstoff ist zentral für Industrie und Verkehr.

- Auch blauer und türkiser Wasserstoff (nicht nur grüner) werden genutzt.
- Der Aufbau eines nationalen Wasserstoffnetzes wird vorangetrieben.

Gebäudeenergie:

- Heizungen müssen klimafreundlicher werden, aber ohne Zwang.
- Die Nutzung von Biomasse (z. B. Holzpellets) bleibt möglich.
- Fernwärme wird gefördert.
- Förderprogramme für Wärmepumpen, Dämmung und energetische Sanierung werden ausgebaut.

Förderung:

- Die Bundesregierung führt eine „Energiepreis-Entlastung für Haushalte mit kleinen Einkommen“ ein.
- Es wird einfacher, Fördermittel zu beantragen, z. B. über digitale Plattformen.

Industrie:

- Unternehmen bekommen weiter Hilfe bei der Umstellung auf klimafreundliche Produktion.
- Dafür gibt es sogenannte Klimaschutzverträge mit staatlicher Unterstützung.
- Klimaneutrale Produkte sollen in Europa bevorzugt werden (z. B. bei Stahl).

Verkehr:

- CO_2-Grenzwerte für Autos sollen überarbeitet werden.
- Auch E-Fuels und Wasserstoff sollen als klimafreundliche Alternativen gelten.

Europäische Zusammenarbeit:

- Deutschland will beim Klimaschutz eng mit anderen EU-Ländern zusammenarbeiten.
- In einem „Klimaclub“ sollen weltweit Standards vereinbart werden, um Wettbewerbsnachteile zu vermeiden.

1.5 Ländliche Räume, Landwirtschaft, Ernährung und Umwelt

Ländliche Räume:

- Menschen auf dem Land sollen genauso gut leben können wie in der Stadt.
- Der Staat fördert die Infrastruktur, z. B. schnelles Internet, ärztliche Versorgung, Schulen und Nahverkehr.
- Es gibt ein neues Förderprogramm für kleine Kommunen, um Treffpunkte wie Dorfläden, Arztpraxen oder Cafés zu erhalten.
- Behörden und Bundesinstitutionen sollen gezielt in ländliche Regionen verlagert werden.

Landwirtschaft:

- Bauern sollen wieder eine Zukunftsperspektive bekommen.
- Bürokratie wird abgebaut, Förderanträge werden einfacher.
- Tierwohl wird gestärkt. Der Umbau der Tierhaltung (z. B. bessere Ställe) wird finanziell unterstützt.
- Die Herkunft von Fleisch und Milchprodukten muss künftig klar gekennzeichnet sein.
- Es gibt mehr Geld für junge Landwirte und für regionale Erzeugung.

Umweltschutz:

- Es wird in die Renaturierung von Mooren, Auen und Wäldern investiert.
- Der Flächenverbrauch für neue Straßen oder Siedlungen soll sinken.
- Der Schutz von Wasser und Böden hat hohe Priorität.
- Beim Artenschutz wird auf den sogenannten Populationsansatz gesetzt: Einzelne Tiere zu schützen reicht nicht mehr – ganze Tierarten sollen erhalten bleiben.

Ernährung:

- Verbraucher sollen besser erkennen, wie Lebensmittel produziert wurden.
- Die staatliche Tierhaltungskennzeichnung wird ausgebaut.

- Werbung für ungesunde Lebensmittel an Kinder soll stark eingeschränkt werden.
- Kantinen in Schulen und Betrieben sollen gesünder und nachhaltiger werden.
- Regionale Lebensmittel werden besser vermarktet.

Klimaschutz in der Landwirtschaft:

- Landwirte sollen beim Klimaschutz Teil der Lösung sein.
- Humusaufbau, klimaangepasste Wälder und Schutz der Moore werden gefördert.
- Digitalisierung und Innovationen (z. B. in der Pflanzenzucht) werden gezielt unterstützt.

Wald:

- Der Waldumbau in Richtung klimaresistente Mischwälder wird fortgesetzt.
- Die Forstwirtschaft wird gefördert.
- Mehr Holz aus nachhaltiger Forstwirtschaft soll genutzt werden.

Pestizide und Gentechnik:

- Der Einsatz von Pflanzenschutzmitteln soll verringert, aber nicht komplett verboten werden.
- Neue Gentechniken sollen rechtlich geregelt werden, aber nicht pauschal ausgeschlossen sein.

Tierschutz:

- Tiertransporte werden stärker kontrolliert.
- Die Haltung von Tieren in der Landwirtschaft wird stärker reguliert.
- Es wird ein bundeseinheitliches Tierschutzkontrollsystem aufgebaut.

KAPITEL 2

Entlastungen, Finanzen, Digitalisierung und Bildung

2.1 Haushalt, Finanzen und Steuern

Staatsausgaben:

- Der Staat hält an der Schuldenbremse fest. Neue Schulden soll es nur im Notfall geben.
- Subventionen werden überprüft. Geld fließt nur, wenn es klare Ziele gibt.
- Förderprogramme werden gestrafft und transparenter gemacht.

Steuern:

- Es gibt keine neuen Steuererhöhungen.
- Steuererleichterungen für kleine und mittlere Einkommen sind geplant.
- Die Einkommensteuer soll schrittweise angepasst werden, damit Lohnerhöhungen nicht durch die Steuer „aufgefressen“ werden (sogenannte kalte Progression).
- Familien werden steuerlich besser gestellt, auch durch Entlastungen beim Ehegattensplitting.
- Die Steuererklärung soll einfacher werden. Eine vorab ausgefüllte Erklärung für alle ist geplant.

Bekämpfung von Steuerhinterziehung:

- Der Staat will stärker gegen Steuerbetrug, Geldwäsche und internationale Steuervermeidung vorgehen.
- Bargeld-Obergrenzen werden geprüft, um Kriminalität einzudämmen.

Immobilienbesitz:

- Die Grunderwerbsteuer soll für selbstnutzende Familien gesenkt oder abgeschafft werden.

- Die sogenannte „Share Deal“-Lücke beim Immobilienkauf durch Firmen wird geschlossen.

2.2 Bürokratieabbau, Staatsmodernisierung und Justiz

Weniger Bürokratie:

- Alle neuen Gesetze werden auf Bürokratiekosten geprüft.
- Ein Zwei-Jahres-Moratorium verhindert zusätzliche Statistikpflichten.
- Die Schriftformerfordernis im Arbeitsrecht (z. B. bei Befristungen) wird abgeschafft.

Digitalisierung:

- Der Staat arbeitet an einem „Once Only“-Prinzip: Bürger und Firmen müssen ihre Daten nur einmal angeben.
- Alle Behörden sollen digital erreichbar sein, auch für digitale Anträge und Bescheide.
- Der Personalausweis wird zu einem digitalen Generalschlüssel.

Verwaltung:

- Der Staat soll schlanker, digitaler und effizienter werden.
- Mehr Videokonferenzen und elektronische Akten auch bei Gerichten und Behörden.
- Behörden sollen wieder schneller entscheiden und Verfahren kürzer werden.

Justiz:

- Die Justiz wird digitalisiert, Verfahren sollen schneller ablaufen.
- Es gibt mehr Richter und Staatsanwälte.
- Menschen mit geringem Einkommen bekommen besseren Zugang zum Recht (Stärkung von Beratungshilfe und Prozesskostenhilfe).

2.3 Digitales

Digitalstrategie:

- Deutschland soll digital souveräner werden.
- Glasfaser und Mobilfunk (5G) werden flächendeckend ausgebaut.
- Funklöcher sollen beseitigt werden.

Verbraucherrechte digital stärken:

- Klare Regeln für Künstliche Intelligenz: sie muss nachvollziehbar, fair und kontrollierbar sein.
- Smart-Home-Geräte müssen sicher und langlebig sein.
- Plattformen wie Amazon oder Google müssen transparenter arbeiten.
- Digitale Produkte müssen Updates bekommen – kein vorzeitiger Technikschrott mehr.

Datenschutz:

- Datenschutz wird praxistauglicher gemacht, besonders für Start-ups, Vereine und kleine Unternehmen.
- Intelligente Lösungen sollen Cookie-Banner überflüssig machen.

2.4 Bildung, Forschung und Innovation

Bildungssystem:

- Bildung soll unabhängig vom Wohnort gleich gut sein.
- Der Bund will stärker mit den Ländern kooperieren, auch wenn Bildung Ländersache ist.
- Ein neuer Bildungsrat aus Bund und Ländern soll gemeinsame Standards setzen.

Frühkindliche Bildung:

- Mehr Geld für Kitas, mehr Qualität, besseres Personal.
- Kita-Gebühren sollen schrittweise gesenkt werden.

Schule:

- Schulen sollen digitaler werden. Es gibt Fördergelder für digitale Ausstattung und Schulclouds.

- Lehrer sollen besser ausgebildet und bezahlt werden.
- Lebensnahe Fächer wie Wirtschaft, Medienkompetenz und Umwelt werden gestärkt.

Ausbildung und Studium:

- Die duale Ausbildung wird gestärkt.
- BAföG wird reformiert, digitalisiert und erweitert.
- Weiterbildung im Beruf soll gefördert werden, auch für ältere Menschen.

Forschung:

- Hochschulen und Forschungsinstitute bekommen mehr Fördergelder.
- Künstliche Intelligenz, Quantentechnologien und Gesundheitstechnologien werden besonders gefördert.
- Frauen in Forschung und Innovation werden gezielt unterstützt.

Start-ups:

- Wissenschaft und Wirtschaft sollen enger zusammenarbeiten.
- Ausgründungen aus Hochschulen sollen einfacher werden.

KAPITEL 3

Zusammenleben, Gesundheit, Pflege und Integration

3.1 Gesellschaftlicher Zusammenhalt, Integration, Migration

Einwanderung:

- Deutschland will gezielt Fachkräfte ins Land holen.
- Menschen ohne Bleiberecht sollen schneller zurückgeführt werden.
- Asylverfahren werden beschleunigt und effizienter gemacht.
- Es gibt klare Grenzen: Wer kein Recht auf Aufenthalt hat, muss das Land verlassen.

Bleiberecht:

- Wer gut integriert ist und arbeitet, soll leichter bleiben dürfen.
- Geduldete bekommen Chancen, wenn sie sich anstrengen.

Staatsangehörigkeit:

- Einbürgerung wird vereinfacht. Nach 5 Jahren ist sie möglich, bei besonderen Leistungen sogar nach 3 Jahren.
- Doppelstaatsbürgerschaft ist erlaubt.

Integration:

- Neue Mitbürger sollen schnell Deutsch lernen, arbeiten und am Leben teilhaben können.
- Mehr Geld für Sprachkurse, Integrationskurse und Projekte vor Ort.

Fluchtursachen bekämpfen:

- Deutschland hilft Ländern vor Ort, damit weniger Menschen flüchten müssen.
- Faire Asylpolitik: Schutz für Verfolgte, klare Rückkehr für andere.

Sichere Herkunftsstaaten:

- Weitere Staaten werden als sicher eingestuft, um Verfahren zu beschleunigen.

3.2 Gesundheit und Pflege

Gesundheitssystem:

- Die Versorgung auf dem Land wird verbessert, z. B. durch Landarztprogramme.
- Es gibt mehr medizinische Studienplätze.
- Ambulante Versorgung wird gestärkt, Kliniken werden reformiert.

Krankenversicherung:

- Die Beiträge bleiben stabil. Leistungsumfang bleibt erhalten.
- GKV und PKV (gesetzlich und privat) bleiben bestehen.

Pflege:

- Mehr Personal in der Pflege durch bessere Arbeitsbedingungen und Bezahlung.
- Angehörige werden stärker entlastet.
- Pflege-Wohngemeinschaften und alternative Wohnformen werden gefördert.
- Digitalisierung hilft, Pflege einfacher zu organisieren.

Pflegeversicherung:

- Kinderreiche Familien zahlen künftig weniger Beiträge.
- Mehr Transparenz bei Pflegeheimkosten und Leistungen.

Gesundheitsdigitalisierung:

- Elektronische Patientenakte wird zum Standard.
- E-Rezept wird ausgebaut.
- Datenschutz bleibt wichtig, aber nicht hinderlich.

3.3 Senioren, Menschen mit Behinderungen, Vielfalt und Engagement

Senioren:

- Ältere Menschen sollen aktiv am Leben teilhaben.
- Ehrenamt und Weiterbildung im Alter werden gestärkt.
- Altersdiskriminierung wird bekämpft.

Menschen mit Behinderungen:

- Inklusion in Schulen, Arbeitswelt und Wohnen wird verbessert.
- Barrierefreiheit wird zur Pflicht bei öffentlichen Gebäuden und im ÖPNV.
- Persönliche Assistenz wird ausgebaut.

Queere Menschen:

- Diskriminierung wird bekämpft, z. B. in der Arbeitswelt oder im Gesundheitsbereich.
- Trans- und Interpersonen erhalten mehr Rechte.
- Blutspendeverbote für queere Männer werden abgeschafft.

Ehrenamt:

- Bürokratie für Ehrenamtliche wird abgebaut.
- Digitale Infrastruktur für Vereine wird gefördert.
- Ehrenamtliches Engagement wird steuerlich besser berücksichtigt.

Demokratie fördern:

- Politische Bildung wird gestärkt.
- Der Kampf gegen Extremismus (links, rechts, islamistisch) wird intensiviert.
- Gedenkstättenarbeit bleibt wichtig.

KAPITEL 4

Sicherheit, Außenpolitik und kulturelle Verantwortung

4.1 Innere Sicherheit, Polizei und Bevölkerungsschutz

Polizei:

- Die Polizei soll moderner und digitaler werden.
- Es gibt mehr Personal, bessere Ausrüstung und mehr Befugnisse bei Terrorabwehr und organisierter Kriminalität.
- Die Polizei darf verdeckte Ermittlungen digital führen, z. B. durch Online-Durchsuchung und Quellen-TKÜ (Abhören von Messenger-Diensten).

Bevölkerungsschutz:

- Deutschland soll besser auf Katastrophen vorbereitet sein (z. B. bei Hochwasser, Pandemien oder Stromausfällen).
- Ein neues Lagerkonzept für Notfallausrüstung wird eingeführt.
- Der Katastrophenschutz wird gestärkt, auch durch ehrenamtliche Helfer.

Kampf gegen Extremismus:

- Rechtsextremismus wird besonders intensiv bekämpft.
- Es gibt härtere Strafen bei Angriffen auf Politiker, Journalisten oder Ehrenamtliche.
- Auch Linksextremismus und islamistischer Extremismus werden beobachtet.

Cyberabwehr:

- Ein nationales Cyberabwehrzentrum wird mit mehr Kompetenzen ausgestattet.
- Cyberattacken gelten künftig als Sicherheitsgefahr für den Staat.
- Kritische Infrastruktur (z. B. Energieversorgung) wird besonders geschützt.

4.2 Bundeswehr und Verteidigung

Bundeswehr stärken:

- Das Sondervermögen von 100 Milliarden Euro bleibt bestehen und wird vollständig genutzt.
- Es wird jährlich überprüft, wie viel zusätzliches Geld nötig ist.
- Die Truppe soll wieder kriegstüchtig werden, mit moderner Ausrüstung und klarer Strategie.

Wehrpflicht:

- Es wird kein Zurück zur alten Wehrpflicht geben.
- Stattdessen wird eine neue Dienstpflicht geprüft, auch für soziale oder ökologische Dienste.

Auslandseinsätze:

- Die Bundeswehr bleibt im Rahmen internationaler Einsätze aktiv, z. B. in Mali oder im Baltikum.
- Für Einsätze gilt ein strenges Parlamentsbeteiligungsrecht – der Bundestag muss zustimmen.

Rüstungsprojekte:

- Mehr Zusammenarbeit mit europäischen Partnern bei Waffenentwicklung.
- Deutschland soll wieder führend in Wehrtechnik werden, auch mit deutscher Produktion.

4.3 Außenpolitik und Entwicklung

Europa:

- Die EU soll handlungsfähiger werden, z. B. durch weniger Vetos und mehr Mehrheitsentscheidungen.
- Die Erweiterung der EU (z. B. Westbalkan, Ukraine) wird unterstützt, aber mit klaren Bedingungen.
- Der EU-Außengrenzschutz wird verstärkt, auch mit mehr Personal bei Frontex.

Außenpolitik:

- Deutschland setzt auf Diplomatie, Menschenrechte und multilaterale Zusammenarbeit.
- Sanktionen gegen autoritäre Staaten wie Russland oder Iran werden konsequent umgesetzt.
- China bleibt Partner, Wettbewerber und systemischer Rivale – deutsche Abhängigkeit wird reduziert.

Entwicklungspolitik:

- Hilfe zur Selbsthilfe steht im Fokus.
- Entwicklungsprojekte sollen nachhaltiger und effizienter werden.
- Zusammenarbeit mit Afrika wird intensiviert.

4.4 Demokratie, Medien, Kultur und Religion

Demokratie schützen:

- Parteien müssen sich klar zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung bekennen.
- Parteiverbote bleiben möglich, wenn verfassungsfeindlich.
- Politische Bildung wird ausgeweitet, besonders bei Jugendlichen.

Medien:

- Der öffentlich-rechtliche Rundfunk wird reformiert.
- Es soll mehr Transparenz und Sparsamkeit geben.
- Lokale und investigative Medien werden gefördert.

Meinungsfreiheit:

- Wird geschützt, auch im digitalen Raum.
- Hass und Hetze im Internet werden konsequenter verfolgt.

Kultur:

- Kultur ist Staatsziel. Es gibt mehr Förderung für Kulturprojekte.

- Erinnerungskultur bleibt zentral (z. B. Holocaust-Gedenken).
- Die deutsche Sprache wird gestärkt.

Religion:

- Religionsfreiheit bleibt wichtig.
- Der interreligiöse Dialog wird gefördert.
- Religionsgemeinschaften müssen sich an Grundgesetz und Rechtsstaat halten.

KAPITEL 5

Moderner Staat, Krisenresilienz und strategische Steuerung

5.1 Föderalismus und Zusammenhalt

Zusammenarbeit von Bund und Ländern:

- Bund und Länder sollen besser zusammenarbeiten, etwa bei Bildung, Digitalisierung und Infrastruktur.
- Es wird geprüft, ob der Bund mehr Kompetenzen bekommen kann, wenn große Aufgaben anstehen (z. B. beim Schulbau oder Katastrophenschutz).

Gleichwertige Lebensverhältnisse:

- Der Staat will dafür sorgen, dass Stadt und Land gleiche Chancen haben.
- Dafür gibt es gezielte Investitionen, etwa in strukturschwache Regionen.

5.2 Handlungsfähigkeit in der Krise

Krisenmanagement:

- Der Staat soll in Krisen schneller handeln können.
- Es wird eine zentrale Krisenstruktur auf Bundesebene aufgebaut.
- Bund, Länder und Kommunen sollen im Notfall gemeinsam reagieren.

Lernen aus der Pandemie:

- Bessere Bevorratung, klare Zuständigkeiten und funktionierende Warnsysteme sind das Ziel.
- Die Bevölkerung soll besser informiert werden und mithelfen können.

5.3 Gesamtstaatliche Strategie

Langfristige Ziele:

- Deutschland soll strategischer denken und langfristig planen.

- Dazu wird ein „Deutschlandrat“ eingerichtet: Er beobachtet, bewertet und berät die Regierung bei großen Zukunftsaufgaben.

Mehr Verbindlichkeit:

- Regierungshandeln soll verbindlicher und nachvollziehbarer werden.
- Ziele, Zeitpläne und Wirkung von Maßnahmen werden transparenter gemacht.

Impressum

HERAUSGEBER
Bundesverbraucherhilfe e. V., Leipziger Platz 15, 10117 Berlin
Telefon 030 23326484-0, poststelle@bundesverbraucherhilfe.de
bundesverbraucherhilfe.de

REGISTER
Vereinsregister des Amtsgerichts Berlin (Charlottenburg), VR 39647

STAND
Mai 2026

GESTALTUNG
Bundesverbraucherhilfe e. V.

BEZUG
Diese Publikation steht unter bundesverbraucherhilfe.de/downloadcenter zum Herunterladen bereit.

HINWEIS
Diese Publikation wird von der Bundesverbraucherhilfe e. V. im Rahmen ihrer satzungsgemäßen Öffentlichkeitsarbeit kostenlos herausgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie dient der Orientierung und ersetzt keine Rechts- oder Steuerberatung im Einzelfall. Maßgeblich ist die jeweils aktuelle Fassung auf der Website.

BUNDES
VERBRAUCHER
HILFE E.V.

Stark im Miteinander. Seit 2021.

bundesverbraucherhilfe.de/downloadcenter